

Sportverein muss Tucherpark räumen

Mehr als 50 Jahre war das Gelände am Englischen Garten die Heimat des HVB Clubs. Doch zum Jahresende ist dort vorerst Schluss mit Fitness, Fußball und Tennis. Für den Verein kommt das überraschend. Die Eigentümer verweisen auf laufende Planungen.

Von Ellen Draxel

Die Information kam für die Mitglieder des HVB Clubs überraschend. Ende des Jahres ist Schluss mit Fitness, Fußball und Tennis am Tucherpark, erfuhren sie in ihrer Mitgliederversammlung vor wenigen Tagen. Der europäische Fitnessclub-Betreiber Aspria, der gehofft hatte, Nachmieter für das Sportgelände am Englischen Garten zu werden, hat eine Absage von der Commerzbank-Tochter Commerz Real und dem Projektentwickler Hines erhalten, denen der grüne Bürostandort seit 2019 gehört. Damit steht auch der HVB Club auf der Straße. Dabei hatten sowohl der Club als auch Aspria den Deal bereits unter Dach und Fach gewährt. Mehr als 50 Jahre lang war das 15 Hektar große Areal in Schwabing zwischen dem Englischen Garten und der Ifflandstraße Heimat des HVB Clubs, des Vereins für Mitglieder der Hypovereinsbank. Die Unicredit-Tochter, damals noch unter dem Namen Bayerische Vereinsbank firmierend, hatte den Tucherpark 1969 als neuen Verwaltungssitz nach den Plänen von Sep Ruf und Karl Kagerer errichten lassen – samt Hotel und großem Betriebssportgelände. Inzwischen ist die Hypovereinsbank nur noch Mieterin der Sportflächen. Der Vertrag läuft Ende Juni 2024 aus, zumindest übergangsweise hätte aus Sicht der Vereinsaktivisten ein Sportbetrieb aber durchaus weiterlaufen können – bis die von der Commerz Real und Hines geplante Neugestaltung des Areals tatsächlich startet.

In der Zukunft soll wieder Sportnutzung möglich sein, doch durch wen, ist offen

„Wir wollten das Sportgelände als Zwischenlösung für drei Jahre übernehmen, bis die Zukunft des Tucherparks final entschieden ist“, sagt Thomas Strohmeyer. Der Geschäftsführer der Aspria Deutschland GmbH, einer Marke innerhalb der Aspria-Gruppe, die vorwiegend Familien im Fokus hat, war in den vergangenen Monaten mehrfach an Ort und Stelle, um sich ein Bild von der Anlage am Tucherpark zu machen.

Er hat gesehen, wie sanierungsbedürftig vieles ist, allein das Schwimmbad, das seit Jahren ungenutzt ist, bräuhete eine Generalüberholung. Mit Beitragskosten zwischen 59 und 69 Euro pro Mitglied und Monat, glaubt er, wäre das jedoch zu stemmen gewesen. Es sollte ein Angebot für alle Münchner werden, „der ideale Ort, den Familien gemeinsam aufzusuchen“.

Geplant war außerdem, die fünf Mitarbeiter und das gesamte Inventar zu übernehmen, die etwa 1700 HVB-Clubmitglieder hätten bei dieser Lösung einen Sonder tarif bekommen. Dass dies nun nicht möglich ist, sei „sehr bedauerlich“, sagt HVB-Club-Vorstand Oliver Kasperek. Es wäre „für alle Beteiligten eine sehr attraktive Lösung – vor allem auch für die Öffentlichkeit“. Andere Vereinsmitglieder werden noch deutlicher, sprechen davon, dass die HVB-Sportler jetzt „mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen“. Immerhin: Wer möchte, findet eine Zukunft beim SV Weißblau-Allianz an der Osterwaldstraße, unweit des bisherigen Standorts. Das sportliche Angebot und auch die Kosten für die Mitgliedschaft sind ähnlich.



Dennoch: Strohmeyer hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Einen reibungslosen Übergang beim Sportbetrieb wird es nicht geben, grundsätzlich geplatzt sei das Vorhaben für den Tucherpark aber nicht, sagt er. „Da ist nach wie vor die Hoffnung, dass das etwas Langfristiges entsteht.“ Für die Idee und das Konzept sei ihm von Investoren-Seite aus „eine große Wertschätzung entgegengebracht“ worden.

Sowohl die Commerz Real als auch Hines betonen, das Bedürfnis der Sportclubmitglieder zu verstehen, zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund des laufenden Planungsprozesses aber noch keine Entscheidung zur Zwischennutzung des Sportareals treffen zu können. Beide stünden jedoch „2024 bereit, um die verschiedenen Interessen mit den machbaren Möglichkeiten abzuwägen und in einen weiter vorangeschrittenen Planungsprozess zu integrieren“.

Unabhängig von der HVB-Sportclubnutzung sei es so, „dass wir auch zukünftig Sportnutzung im Areal geplant hatten und auch weiterhin vorsehen“. Welcher Anbieter zum Zug kommen könnte, sei bislang al-

Die Sportanlagen am Tucherpark liegen nah bei den Bürogebäuden (oben). Sie wurden mehr als 50 Jahre vom HVB Club genutzt (unten) und sind teilweise stark sanierungsbedürftig.

FOTOS: BJÖRN HOLLAND/VISIONICDESIGN/HINES IMMOBILIEN; BERND RATZKE/HVB CLUB E.V



lerdings offen: Man habe „verschiedenste Interessenbekundungen in den letzten Monaten erhalten“. Der Stadtrat hatte bereits im Sommer im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses eine weiterhin mögliche Sportnutzung für das Tucherpark-Areal beschlossen.

Im Referat für Bildung und Sport gibt man zu bedenken, dass man als Kommune bereits 2018 Interesse gezeigt habe, die Tennisplätze und das Schwimmbad zu übernehmen, um das Sportgelände zu sichern. „Das aber wollte die Hypovereinsbank damals nicht“, sagt Sprecher Lukas Schauer. Die Bank bestätigt, seinerzeit Gespräche zu einer möglichen Übernahme des maroden Schwimmbads geführt zu haben, möchte sich ansonsten zu Verhandlungen von vor fünf Jahren aber nicht mehr äußern.

Als Nächstes muss nun der Masterplan für den Tucherpark überarbeitet werden, diese Aufgabe hatten die Stadträte den Investoren im Sommer mit auf den Weg gegeben. Mitte kommenden Jahres, verlautet aus Hines-Kreisen, soll das finale Drehbuch fertig sein.

Streit um neue Fußgängerzone

Befürworter und Gegner machen gegen Pläne in Haidhausen mobil

Fünf Monate vor dem Start der einjährigen Testphase machen Befürworterinnen und Gegner einer vergrößerten Fußgängerzone in der Weißenburger Straße mobil. So haben Kritiker der Pläne einen offenen Brief ans Rathaus verfasst, in dem sie Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) auffordern, das Vorhaben zu stoppen und „den Bestand der funktionierenden Einkaufs- und Lebensstraße“ zu sichern. Zugleich haben sich mehr als 40 Anwohnende zur Initiative „Haidhausen für alle“ zusammengesetzt, die sich für eine „Mobilitätswende im Viertel“ und die geplante Ausweitung der bestehenden Fußgängerzone zwischen Rosenheimer und Weißenburger Platz bis zum Pariser Platz einsetzen.

Die Meinungen beider Seiten werden wohl auch bei einem Infoabend des Mobilitätsreferats aufeinanderprallen, der an diesem Donnerstag um 19.30 Uhr online stattfindet. Eine Anmeldung ist noch bis Mittwoch über die Webseite www.muenchenunterwegs.de möglich. Die Veranstaltung ist bereits die dritte ihrer Art und laut Mobilitätsreferat eine Reaktion auf die hohe Nachfrage bei den ersten beiden Infoabenden für Gewerbetreibende in der Weißenburger Straße sowie für Anwohnende.

Letztere hatten sich im Anschluss an ihre Veranstaltung bei einer Online-Abstimmung überwiegend aufgeschlossen für eine Fußgängerzone in Haidhausens wichtigster Shoppingmeile gezeigt. Sie soll von April an im Rahmen einer einjährigen Testphase erprobt werden. Im Anschluss wird dann der Stadtrat auf Basis aller Erhebungen und Befragungen entscheiden, ob der Straßenabschnitt zwischen Weißenburger und Pariser Platz dauerhaft autofrei und entsprechend umgestaltet wird.

Gegen eine solche Ausweitung der Fußgängerzone spricht sich das Gros der Gewerbetreibenden in der Weißenburger Straße aus – das zeigte sich bei deren Infoveranstaltung. Einige Händlerinnen und Händler haben nun auch jenen offenen Brief ans Rathaus verfasst, demzufolge etliche Betriebe angesichts der erwarteten Mietsteigerungen und des erhöhten Aufwands für Anlieferungen um ihre Existenz fürchteten. „Sorgen Sie dafür“, heißt es in dem Schreiben an Dieter Reiter, „dass ergebnisoffen auch verträglichere Varianten wie eine Einbahnstraße mit Verkehrsberuhigung untersucht und mit den Betroffenen entwickelt werden“. Demgegenüber verspricht sich die Initiative „Haidhausen für alle“ durch die Fußgängerzone weniger Verkehr, weniger Unfälle und eine „gerechtere Platzverteilung“.

Patrik Stähler



Die Stadt will die Weißenburger Straße in Haidhausen zur Fußgängerzone machen. FOTO: RENÉ HOFMANN

Carl-Wery-Straße wird umgestaltet

Seit Jahren ist der Umbau geplant – Mitte 2024 sollen nun die Vorarbeiten beginnen, wenn der Stadtrat zustimmt.

Die Carl-Wery-Straße an der südlichen Stadtgrenze ist zuletzt eine Art dauerhafte Baustellenzufahrt gewesen. So errichtete die Gewofag dort südlich des Bahnhofs Neuperlach Süd bis 2020 knapp 400 Wohnungen und eine Kinderkrippe, während auf der anderen Straßenseite erst ein Hotel und später ein 17-geschossiges Boarding House mit Einzelhandel im Erdgeschoss entstanden. Daneben wächst derzeit der Neubau der städtischen Berufsschule für Farbe und Gestaltung in die Höhe – sowie ein Parkhaus mit 770 Stellplätzen, das laut den Stadtwerken Anfang 2024 eröffnet wird.

Diese rege Bautätigkeit hat sich auch auf den Verkehr in der Carl-Wery-Straße ausgewirkt, wo sich nicht nur zu Stoßzei-

ten die Autos und Busse oft stauen. Auch deshalb plant die Stadt nun einen Aus- und Umbau an der Stelle. Die Weichen dafür hat der Bauausschuss bereits 2016 gestellt, als er ein Bedarfsprogramm mit einer Kostenobergrenze von elf Millionen Euro genehmigte. In der Folge musste jedoch der Bau des Parkhauses abgewartet werden, da hierfür ein Interimsparkplatz auf einem Teil der Carl-Wery-Straße entstand, der wiederum für den Umbau benötigt wird.

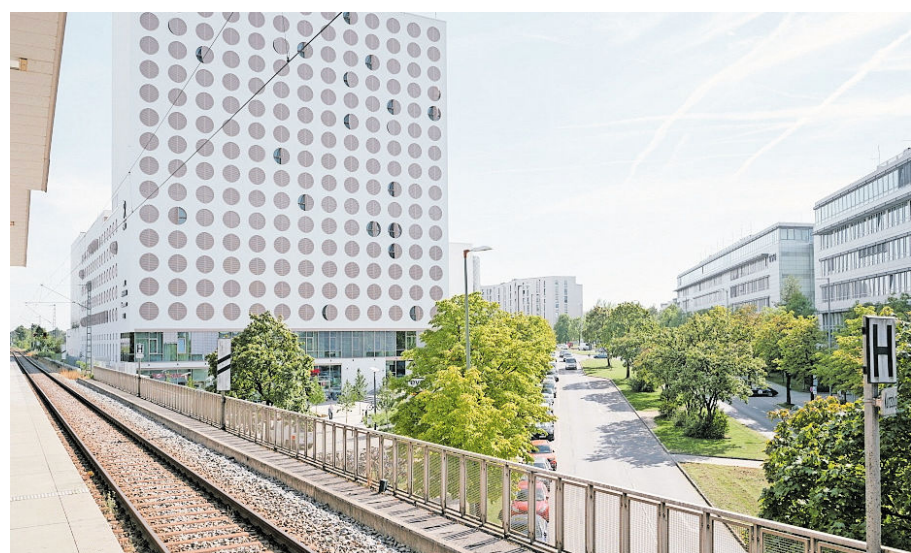
Jetzt soll es losgehen: Laut der Projektbeschreibung, die das Baureferat dem Bezirksausschuss Ramersdorf-Perlach geschickt hat, werden Mitte 2024 die Vorarbeiten beginnen. Im Frühjahr 2025 soll dann der Aus- und Umbau folgen – vorbe-

haltlich des Platzes des Stadtrats. Dem Baureferat zufolge sehen die Pläne „eine umfangreiche Neugestaltung der öffentlichen Verkehrsflächen“ in der Carl-Wery-Straße vor. So sollen zwischen dem Bahnhof Neuperlach Süd und der Theresengasse-Allee die Grüninseln zwischen den Fahrbahnen entfernt und durch eine Busspur ersetzt werden. Diese Trasse könne dereinst auch für eine Stadt-Umland-Bahn genutzt werden, deren zeitliche Umsetzung aber ungewiss sei, so das Baureferat.

Die Stadt will 50 Bäume fällen, dafür aber 100 neue pflanzen

Überdies sollen auf beiden Straßenseiten die Gehsteige verbreitert und Radwege, die dem Radentscheid entsprechen, angelegt werden. Selbiges ist auch weiter südlich bis zur Arnold-Sommerfeld-Straße geplant. Hier soll die Carl-Wery-Straße vierspurig werden; zudem wird die Busspur fortgesetzt. Sie endet erst ab der Arnold-Sommerfeld-Straße, wo es „mangels Flächenverfügbarkeit“ auch nur noch auf der Westseite einen Gehsteig geben wird. Der Radweg dagegen soll beidseits der Straße bis zur Stadtgrenze verlaufen. Dem Entwurf zufolge müssen für den Umbau circa 50 Bäume gefällt werden; zugleich sei jedoch geplant, knapp 100 Bäume neu zu pflanzen. Zur Frage, wie lange die Umgestaltung der Carl-Wery-Straße dauern und welche Folgen sie für den Verkehr haben wird, macht das Baureferat derzeit keine Angaben. Mögliche Sperrungen und Umleitungen müssten erst noch mit dem Mobilitätsreferat abgestimmt werden.

Patrik Stähler



Die Carl-Wery-Straße, hier vom U-Bahnhof Neuperlach Süd aus gesehen, soll umgebaut werden. FOTO: SEBASTIAN GABRIEL

„Schwerer Einschnitt“

Interessenvertreter von Senioren und Behinderten kritisieren die Schließung weiterer Filialen der Kreissparkasse. Landrat Göbel verteidigt den Schritt.

Die bevorstehende Schließung weiterer Filialen der Kreissparkasse München Ebersberg Starnberg sorgt erwartungsgemäß bei Betroffenen für Unmut. So soll etwa in Oberschleißheim die Filiale an der Haselbergerstraße komplett dichtgemacht und in Unterfröhring die letzte Filiale mit beratendem Personal an der Münchner Straße 70 in eine Geschäftsstelle mit Selbstbedienung (SB) umgewandelt werden. Gleiches gilt für die Kreissparkasse am Rathausplatz in Unterschleißheim, was Bürgermeister Christoph Böck (SPD) nach eigenen Worten „überrascht“ zur Kenntnis nimmt. „Gerade für die ältere Bevölkerung rund um unsere Stadtmitte ist das schwierig“, sagt er.

Seine Parteifreundin Johanna Hagn aus Ismaning, die der Arbeitsgemeinschaft 60plus der Sozialdemokraten angehört, spricht von einem „total schweren Einschnitt“ im Leben der betroffenen Senioren und erzählt von einer Bekannten, die nach dem Tod ihres Mannes, der online alle Geldgeschäfte erledigt hatte, völlig hilflos gewesen sei. „Das ist eine furchtbare Situation, wenn man hier keine persönliche Beratung am eigenen Ort erhält.“ Den Sparkassen in den Gemeinden schreibt Hagn auch gesellschaftliche Aufgaben zu: Gerade in einer Zeit, in der Telefonbetriebe überhandnehmen, seien Bankangestellte wichtig, die Senioren davor bewahren, Opfer solcher Straftaten zu werden.

Auch die Garchingerin Nicola Gerhardt, die für die CSU im Kreis-Sozialausschuss sitzt, fürchtet durch den Abbau von Sparkassen-Geschäftsstellen Auswirkungen auf das Leben älterer Leute, für die der Spaziergang zum Bankberater oft zum Leben gehöre. „Man kennt die Mitarbeiter seit Jahren, pflegt auch den sozialen Kontakt.“ Andererseits sei es verständlich, wenn die

Kreissparkasse Kosten einspare. „Das Problem wird sich langfristig vermutlich erledigen, weil die nachfolgenden Generationen Online-Banking nutzen“, so Gerhardt.

Schwerwiegende Folgen könnte die Schließung von Filialen vor allem für Menschen mit Behinderung haben, fürchtet Frauke Schwaiblmair, ehemalige Grünen-Kreisrätin aus Gräfelfing, die im Inklusionsbeirat des Bezirktags sitzt und über 40 Jahre Erfahrung in der Behindertentarbeit hat. Sie fordert einen möglichst barrierefreien Zugang zu Online-Angeboten. „Zudem erwarte ich von einer Sparkasse, an



Wie hier in Neukeferloh bietet die Sparkasse nur noch Geldautomaten, keine persönliche Beratung mehr. FOTO: SCHUNK

der Landkreis beteiligt ist und die damit auch der Daseinsvorsorge verpflichtet ist, dass sie sich überlegt, wie diese Situation für Menschen mit Einschränkungen erleichtert werden kann.“ Ihr Vorschlag: „Wenn die Filialen aus Kommunen wegziehen, sollte die Sparkasse etwas wie einen Besucherservice anbieten, also ihre Mitarbeiter zur Beratung zu nicht mobilen Kunden schicken.“ Sie wisse von privat geführten Banken, bei denen Angestellte Kunden sogar Bargeld ins Haus brächten.

Landrat Christoph Göbel (CSU), der dem Verwaltungsbeirat der Kreissparkasse angehört, ist darum bemüht, die Wogen zu glätten. „Die Aufregung ist oft zunächst groß, später geht sie dann auf praktisch null zurück“, sagte Göbel am Dienstag zur SZ. Dass alte Leute noch zum Geld holen an den Schalter kommen, sei eher der Einzelfall. Nach wie vor lege der Verwaltungsrat großen Wert auf ein umspannendes Sparkassen-Netz, versichert der Landrat. „Die Bargeldversorgung muss gewährleistet sein, deshalb sollte zumindest ein SB-Automat pro Kommune existieren, das ist der notwendige Kompromiss.“ Einzige Ausnahme ist Brunnthal, wo die Kreissparkasse noch nie am Ort war.

Göbel hat Verständnis für den Sparkassenvorstand, der ob ausbleibender Erträge in der jüngsten Niedrigzinsphase auch die Ausgabenseite im Blick haben müsse und daher am Personal in Filialen spare. Doch er schickt auch ein klares Signal an die Sparkassenchefs: „Mit der Geschäftsstellenreform vor zwei Jahren und den aktuellen Beschlüssen ist das jetzt ausgereizt.“ Dass es künftig nur noch 17 Filialen mit Personal im Landkreis gibt, müsse man hinnehmen. „Aber dann muss ich als Kunde in jeder dieser Filialen auch den vollen Service erwarten können.“

Stefan Galler